

Antrag 67/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Koalition ohne AFD-Verbotsverfahren**

1 Der SPD-Parteivorstand, die Mitglieder der SPD-Fraktion
 2 im deutschen Bundestag und die SPD-Mitglieder der
 3 Bundesregierung werden aufgefordert sich, ggf. auch in
 4 den Koalitionsverhandlungen, dafür einzusetzen, dass des
 5 Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zeitnah das
 6 AfD-Gutachten vorlegt und vor dem Abschluss eines mög-
 7 lichen Koalitionsvertrages und vor der Wahl der/s Bundes-
 8 kanzlers/in durchzusetzen, dass der Bundestag, den „AfD-
 9 Verbotsantrag“ beschließt.

10

Begründung

12 Im neuen Bundestag haben die rechtsstaatlichen Partei-
 13 en CDU, CSU und SPD zwar eine Mehrheit zur Wahl ei-
 14 nes Bundeskanzlers. Die rechtstaatlichen Parteien CDU
 15 und CSU haben zugleich aber auch mit der vermeintlich
 16 rechtsstaatsfeindlichen AfD größer Mehrheit und mehr
 17 Stimmen als die rechtstaatlichen Parteien SPD, Grüne
 18 und Linke zusammen.

19 Eine von CDU, CSU und SPD gebildete Regierungskoaliti-
 20 on wird sich bei diesen Mehrheitsverhältnissen in einem
 21 entscheidenden Punkt grundlegend von allen bisherigen
 22 bundesdeutschen Regierungskoalitionen unterscheiden.
 23 Denn: Bildet die SPD mit Merz und der Union eine sol-
 24 che Regierung, dann hat nicht nur die SPD selbst, sondern
 25 der gesamte rechtsstaatlich orientierte Bundestag keine
 26 Möglichkeit mehr, diesen Kanzler durch ein Misstrauens-
 27 votum zu stürzen.

28 In der Praxis einer Koalition mit der Union kann das
 29 bedeuten, dass die SPD und der gesamte rechtsstaatli-
 30 che Bundestag, wenn der Unionskanzler erst gewählt ist,
 31 im Streitfall der Richtlinienkompetenz des Kanzlers ohn-
 32 mächtig ausgesetzt ist.

33 Die SPD wäre in einer solchen Koalition auf die Funkti-
 34 on eines Steigbügelhalters für einen Unionskanzler redu-
 35 ziert, der auf dem Pferd des Kanzleramtes sitzend und
 36 reitend keine Rücksicht mehr auf diesen Steigbügelhal-
 37 ter nehmen müsste. Kann sich die SPD aus staatspoliti-
 38 scher Verantwortung und aus Selbstachtung auf eine sol-
 39 che „Pseudokoalition“ einlassen?

40 Auch unter einer schwarz-roten Bundesregierung mit ei-
 41 nem Unionskanzler bleibt die Mehrheit des Deutschen
 42 Bundestages schwarz-blau. Die innere Zerrissenheit der
 43 Union gegenüber der AfD, die inhaltliche rhetorische so-
 44 wie asyl- und migrationspolitische Nähe von Teilen der
 45 Union zur AfD, insbesondere in den ostdeutschen Län-
 46 dern, und der rechtspopulistische Druck aus den Vereinig-
 47 ten Staaten könnten und würden für die Union eine große

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt (Konsens)**

48 Versuchung bilden, von dieser schwarz-blauen Mehrheit
49 Gebrauch zu machen, wenn es zur Durchsetzung von Po-
50 sitionen, denen sich die SPD verweigert, notwendig ist.
51 Dass Merz Misstrauen verdient, haben wir gelernt
52 Dass Merz Misstrauen verdient, haben wir gelernt. Dass
53 Merz ein Problem mit seiner Glaubwürdigkeit hat, ist of-
54 fenkundig. Vor dem 29. Januar 2025 NIE mit der AfD, an
55 diesem 29. 01. dann MIT der AfD, danach wieder nie mit
56 der AfD. Vor der Wahl Schuldenbremse UNBEDINGT, nach
57 der Wahl Sonderschuldenberge.
58 Und wenn man sieht, wie Merz die Sondierungsgespräche
59 geführt hat, welche inhaltlichen Positionen er auf der ei-
60 nen Seite geräumt, auf der anderen Seite eingenommen
61 hat, entsteht der Eindruck, hier macht einer schlichtweg
62 alles, was notwendig ist, um zum Kanzler gewählt zu wer-
63 den. Wenn dieses „All-in“ Spiel dann geklappt hat, würde
64 es dann nicht seiner habituellen Unglaubwürdigkeit ent-
65 sprechen, seine etwaigen Zusagen, wenn es ihm opportun
66 erscheint, nicht einzuhalten?
67 Diese vertrackte Lage der Regierungsbildung, entstanden
68 durch die schwarz-blaue Mehrheit in Verbindung mit der
69 Unglaubwürdigkeit des Unionskanzlerkandidaten Fried-
70 rich Merz, könnte „geheilt“ werden, würde der bereits
71 im Bundestag diskutierte AfD-Verbotsantrag noch vor der
72 Kanzlerwahl auf den Weg gebracht.
73 Der auch von der Union mitzubeschließende Antrag auf
74 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, ob die
75 AfD verfassungswidrig oder von staatlicher Finanzierung
76 ausgeschlossen ist, könnte so etwas wie eine Glaubwür-
77 digkeitsversicherung darstellen, dass ein Unionskanzler,
78 solange die Prüfung des Gerichtes andauert, nicht von
79 der im Bundestag existierenden schwarz-blauen Mehr-
80 heit Gebrauch macht. Ein solcher Antrag würde auch die
81 „Brandmauer“ stärken, die in der Zusammenarbeit mit
82 der AfD noch besteht. Auf der anderen Seite wird diese
83 Brandmauer ohne den Versuch, die AfD verbieten zu las-
84 sen, eher früher als später fallen.
85 [https://bruchstuecke.info/2025/03/17/kanzler-merz-das-](https://bruchstuecke.info/2025/03/17/kanzler-merz-das-tor-zur-vorhoelle-ist-stets-offen/)
86 tor-zur-vorhoelle-ist-stets-offen/